

Kurzposition zum Entwurf des Aktionsplans Nachhaltigkeit „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“

Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) begrüßt die Zielsetzung der Bundesregierung, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie durch einen Aktionsplan stärker an konkreten Missionen, messbaren Ergebnissen und einer wirksamen Umsetzung auszurichten. Nachhaltigkeit ist für die Freien Berufe seit jeher Teil verantwortungsvoller Berufsausübung. Die Freien Berufe tragen als unabhängige Sachwalter wichtiger Gemeinwohlinteressen in besonderer Weise Verantwortung für ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Grundlage hierfür sind fachliche Kompetenz, Eigenverantwortung, langfristiges Denken und das Vertrauen ihrer Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Auftraggeber.

Allein die rund 1,49 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler steuern rund zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen knapp 4,8 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – darunter knapp 129.000 Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.

Der BFB unterstützt insbesondere die im Aktionsplan vorgesehene stärkere Verknüpfung von Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Staatsmodernisierung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Nachhaltigkeitspolitik wird nur dann breite Akzeptanz finden, wenn sie praxisnah ausgestaltet wird und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Einrichtungen und öffentlichen Verwaltungen stärkt.

1. Nachhaltigkeit braucht Bürokratieabbau und Digitalisierung

Die Freien Berufe unterstützen das Ziel, Verwaltungsleistungen umfassend zu digitalisieren und Verfahren einfacher, schneller und transparenter zu gestalten. Der Aktionsplan sollte dabei konsequent auf das Once-only-Prinzip, die Nutzung bereits vorhandener Register und interoperable Datenstrukturen setzen. Verwaltungsverfahren sollten nicht lediglich digitalisiert, sondern zuvor vereinfacht werden. Der Erfolg digitaler Maßnahmen sollte sich an konkreten Entlastungen für Bürger, Unternehmen und Freie Berufe messen lassen. Einheitliche technische Standards, interoperable Systeme und offene Schnittstellen sind hierfür wesentliche Voraussetzungen. Nachhaltigkeitsziele dürfen nicht mit zusätzlichen Dokumentations- und Nachweispflichten verbunden werden, wenn die erforderlichen Informationen bereits an anderer Stelle vorliegen. Digitalisierung muss spürbare Entlastungen für Bürger, Unternehmen und Freie Berufe bewirken.

2. Nachhaltigkeitsberichterstattung auf das Erforderliche begrenzen

Der BFB begrüßt die Absicht, die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu vereinfachen und weiterzuentwickeln. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie die überwiegend mittelständisch geprägten Freien Berufe benötigen praktikable und verhältnismäßige

Lösungen. Nachhaltigkeitsinformationen sollten nach dem Once-only-Prinzip nur einmal erfasst werden müssen und für verschiedene Anforderungen nutzbar sein. Parallelabfragen und zusätzliche Berichtsebenen sind zu vermeiden.

Entscheidend ist, dass durch die Weiterentwicklung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex tatsächliche Entlastungen erreicht und Bürokratiekosten reduziert werden. Gleichzeitig sollte sich die Bundesregierung weiterhin auf europäischer Ebene für eine Vereinfachung und bessere Abstimmung von Nachhaltigkeitsanforderungen einsetzen.

Der BFB hält es für erforderlich, dass vereinfachte europäische Nachhaltigkeitsstandards für KMU als verbindliche Informationsobergrenze anerkannt werden. Nicht berichtspflichtige Unternehmen und Freie Berufe sollten vor zusätzlichen standardisierten Nachhaltigkeitsabfragen durch Banken, Versicherungen, Investoren oder öffentliche Auftraggeber geschützt werden. Nur so kann der Once-only-Ansatz seine tatsächliche Entlastungswirkung entfalten.

3. Rechtssicherheit und Verlässlichkeit schaffen

Nachhaltige Transformation benötigt stabile rechtliche Rahmenbedingungen. Europäische Vorgaben sollten rechtzeitig und rechtssicher in nationales Recht umgesetzt werden. Verzögerungen, häufige Rechtsänderungen oder unklare Anforderungen verursachen erhebliche Belastungen für Unternehmen, Freiberufler und ihre Auftraggeber. Der BFB regt daher an, die Schaffung von Rechtssicherheit ausdrücklich als Ziel des Aktionsplans zu verankern.

4. Nachhaltigkeit systematisch, aber praxisgerecht in die Gesetzgebung integrieren

Der BFB unterstützt die vorgesehene stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in Gesetzgebungsverfahren. Dabei sollte jedoch sichergestellt werden, dass Nachhaltigkeitsprüfungen schlank, nachvollziehbar und praxisgerecht ausgestaltet werden. Sie sollten insbesondere dazu beitragen, Zielkonflikte zwischen Nachhaltigkeitszielen, Bürokratieabbau, Innovationsförderung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit frühzeitig sichtbar zu machen. Nachhaltigkeitspolitik gewinnt an Akzeptanz, wenn ihre Wirkungen transparent dargestellt und abgewogen werden. Nachhaltigkeitsprüfungen sollten in eine einheitliche Gesetzesfolgenabschätzung eingebettet werden und neben ökologischen Aspekten insbesondere Vollziehbarkeit, Digitaltauglichkeit, Erfüllungsaufwand sowie mögliche Bürokratiefolgen berücksichtigen. Vertreter der betroffenen Berufsgruppen sollten frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden.

5. Mittelstandsfreundliche Ausgestaltung öffentlicher Beschaffung

Der BFB unterstützt eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der öffentlichen Beschaffung. Dabei müssen die Besonderheiten wissensintensiver freiberuflicher Dienstleistungen angemessen berücksichtigt werden. Nachhaltigkeitsanforderungen sollten verhältnismäßig ausgestaltet werden und insbesondere kleinen und mittleren Organisationen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen weiterhin ermöglichen. Qualitätsorientierte Vergabe,

Wettbewerb und mittelstandsfreundliche Verfahren bleiben wesentliche Voraussetzungen für innovative und nachhaltige Lösungen.

6. Wirkung und Effizienz staatlicher Maßnahmen stärker in den Fokus rücken

Der BFB begrüßt den im Aktionsplan angelegten Anspruch, die Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen stärker zu messen und transparent zu machen. Nachhaltigkeitspolitik benötigt nachvollziehbare Ziele, geeignete Indikatoren und eine regelmäßige Überprüfung ihrer Wirkungen. Dies stärkt die Akzeptanz von Transformationsprozessen und trägt dazu bei, öffentliche Mittel effizient einzusetzen.

Fazit

Die Freien Berufe unterstützen die Ziele des Aktionsplans Nachhaltigkeit und sehen in ihm die Chance, Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stärker in die praktische Umsetzung zu überführen. Voraussetzung für den Erfolg ist jedoch, dass Nachhaltigkeitsziele mit Bürokratieabbau, Digitalisierung, Rechtssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit verbunden werden. Der BFB steht bereit, seine fachliche Expertise in den weiteren Umsetzungsprozess einzubringen.

Berlin, August 2026